

Abs.:

Botschaft der Republik Chile

I.E. Frau Maria Magdalena Atria Barros

Mohrenstraße 42

10117 Berlin

Holzminden, 01.02.2025

Sehr geehrte Frau Botschafterin,

von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International habe ich erfahren, dass sich derzeit in Chile ein Gesetzentwurf in zweiter Lesung im Senatsausschuss für Regierung, Dezentralisierung und Regionalisierung befindet (Amtsblatt Nr. 16.072-06), der einschneidende Änderungen des Migrations- und Einwanderungsgesetzes vorsieht. Gemäß diesem Gesetzesentwurf würde unter anderem möglicherweise gegen die Grundsätze der Gleichheit und Nichtdiskriminierung verstoßen, insbesondere im Hinblick auf den Schutz von Minderjährigen, und der Grundsatz, dass irreguläre Migration nicht kriminalisiert wird, würde abgeschafft. Insgesamt stellen die Änderungsvorschläge Risiken für den Schutz der Grundrechte insbesondere von Migrant*innen dar. Besonders besorgt mich die Möglichkeit, dass unbegleitete Minderjährige ausgewiesen werden könnten und dass eine Ausweisung von Minderjährigen aufgrund des Aufenthaltsstatus ihrer Eltern legalisiert würde. Wegen dieser und anderer Diskriminierungen, die der besagte Gesetzentwurf für minderjährige und erwachsene Migrant*innen haben würde, habe ich mich an den Senatspräsidenten des chilenischen Staates gewandt, mit der dringenden Bitte, dafür zu sorgen, dass der Gesetzentwurf abgelehnt wird, da er gegen internationale Menschenrechtskonventionen verstößt. Eine Kopie meines Schreibens lege ich diesem Brief bei.

Ich bitte auch Sie, sehr geehrte Frau Botschafterin, dringend, sich dafür einzusetzen, dass das Inkrafttreten des besagten Gesetzentwurfs verhindert wird.

Mit freundlichen Grüßen